



Ausgabe: September 2023

Demokratie-Newsletter

Der Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich von Professor Kley gibt monatlich einen Demokratie-Newsletter heraus. Der Newsletter beinhaltet eine Auswahl der wichtigsten Meldungen, Mitteilungen, Entscheidungen und Urteile im Bereich der Demokratie und der politischen Rechte – in der Schweiz, in Europa und der Welt. Wir achten hierbei darauf, dass auch wichtige und aktuelle Themen aus den Bereichen Föderalismus, Politik, Staats- und Rechtsphilosophie sowie Fragen aus dem öffentlich-rechtlichen Verfahrensrecht aufgeführt werden.

1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»	2
2. Gerichtsurteile	4
2.1 Bundesgericht	4
2.2 Kantonale Entscheide	5
2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)	5
3. Neue Volksinitiativen	5
4. Publikationen	6
5. Dokumentation und Kontakt	7



1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»



01.09.2023

1848 war nur ein Schritt auf dem Weg zur modernen Schweizer Demokratie – Die Schweiz streitet darüber, ob sie ihren Geburtstag am 1. August oder am 12. September feiern soll. Dabei war ein drittes Datum mindestens so wichtig. ([Link](#))



01.09.2023

Asymmetrie der Information – Der Staat weiss zunehmend alles über seine Bürger, der Bürger dagegen immer weniger über den Staat. In einer liberalen Demokratie sollte es genau umgekehrt sein. ([Link](#))



01.09.2023

Die Verwaltung sitzt nicht gern im Glashaus – Das Öffentlichkeitsprinzip hat die Informationsgerechtigkeit zwischen der Allgemeinheit und den Behörden verbessert. Diese versuchen jedoch immer wieder, das Prinzip durch die Gesetzgebung zu schwächen. Es gilt, wachsam zu bleiben. ([Link](#))

DeFacto 01.09.2023

Herr Stojanovic, sollten wir besser per Los entscheiden statt Wahlen durchzuführen? – Bald wird gewählt, doch an den Wahlen nimmt jeweils weniger als die Hälfte der Bevölkerung teil. Das Parlament setzt sich folglich aus den Personen zusammen, die von denen gewählt wurden, die überhaupt an den Wahlen teilnahmen. Nenad Stojanović zeigt auf, welche Alternativen es zur klassischen Wahl gäbe. ([Link](#))

DeFacto 05.09.2023

Frau Rennwald, ist die SVP die Partei der Arbeiterschaft? – Die SVP – zuvor die Milieupartei von Bauernstand und Gewerblern – wurde über die letzten Jahrzehnte zur mit Abstand stärksten Kraft im Land. Auf der anderen Seite gilt die SP, aus der Arbeiterbewegung entstanden, längst als Partei des urbanen Mittelstands. Frau Rennwald, können Sie uns das erklären? ([Link](#))



07.09.2023

Fremd im eigenen Land – Wie es dazu kommen konnte, dass heute ein Viertel der Bevölkerung von den Wahlen ausgeschlossen ist. Und wie der Missstand behoben werden kann. ([Link](#))

DeFacto 08.09.2023

Herr Huwyler, wie unabhängig sind eigentlich unsere Parlamentsmitglieder? – Viele Mitglieder der eidgenössischen Räte haben Mandate von Interessengruppen wie Verbänden, Stiftungen oder Firmen inne. Davon profitieren beide Seiten: die Parlamentsmitglieder werden für diese Ämter häufig entschädigt und erhalten Zugang zu Informationen, die Interessengruppen verfügen über einen direkten



Draht ins Bundeshaus. Oliver Huwiler hat die Beziehungen zwischen Parlamentsmitgliedern und Interessengruppen erforscht und erklärt, wie unabhängig Parlamentsmitglieder überhaupt noch sind. ([Link](#))

DeFacto 13.09.2023

Frau Stadelmann-Steffen, wie beeinflussen Energie- und Klimapolitik die Wahlen? – Nach wie vor steht der Klimawandel ganz oben bei den politischen Herausforderungen. Aktuelle Umfragen sehen aber die Parteien mit grün im Namen eher bei den Wahlverliererinnen. Der Erfolg von 2019 werden sie kaum wiederholen können. Wie lässt sich das erklären? Isabelle Stadelmann-Steffen hat die Antworten. ([Link](#))



14.09.2023

Listenverbindungen 1933: Die Wahlschlacht von Zürich – Nach der Machtergreifung durch die Nazis im Januar 1933 paktieren die bürgerlichen Parteien in Zürich mit der faschistischen Nationalen Front. Im städtischen Wahlkampf flirteten sie mit dem faschistischen Gedankengut – doch dank der Linken scheitert der Testlauf für künftige Bündnisse. ([Link](#))

DeFacto 21.09.2023

Frau Tresch, wie wird eine Partei zur Wahlsiegerin? – Welche Themen umtreiben die Wählenden in diesem Wahljahr besonders stark? Und wie sehr beeinflussen diese Themen letztendlich das Wahlverhalten von Wählerinnen und Wählern? Anke Tresch, die Leiterin der Schweizer Wahlstudie Selects und Professorin an der Universität Lausanne, ordnet ein. ([Link](#))



21.09.2023

Wahlkampfspenden: Die Interessen der wenigen – Die Schweiz ist ein Land, das sich so mancher Selbstlüge hingibt. Eine davon lautet, dass der Einfluss des Geldes in der Politik nicht überschätzt werden dürfe. Es klingt ja durchaus verlockend: Die Demokratie als «Wettbewerb der Ideen», in dem sich die Bedürfnisse der Gesamtheit gegen die Eigeninteressen weniger am Ende immer durchsetzen. ([Link](#))

NZZ 23.09.2023, S. 22

Ein Stimmrecht für geistig Schwerstbehinderte ist falsch verstandene Inklusion – Es ist in einer Demokratie nicht zu viel verlangt, ein Quantum an kognitiver Leistung vorauszusetzen, um mitzubestimmen. Ein Entscheid im Kanton Zürich öffnet Tür und Tor für Manipulationen. ([Link](#))

NZZ 28.09.2023 (nur online)

Bürgerräte sind Mitmachtheater – Die deutschen Parteien rutschen in eine tiefe Vertrauenskrise. Plötzlich ist die Bevölkerung gefragt – aber nur ein bisschen. Doch diese Art von Ersatzpolitik braucht niemand. ([Link](#))



DeFacto 29.09.2023

Frau Flick, was bringt's, wenn in einem Kanton 56 Nationalratslisten antreten? – Knapp 6000 Personen kämpfen auf über 600 Listen um knapp 200 Sitze im Nationalrat. Die allermeisten Kandidierenden haben nur minimale Wahlchancen. In manchen Kantonen treten einzelne Parteien inzwischen mit einem halben Dutzend Listen an. Ist das eine erfolgsversprechende Strategie? Martina Flick Witzig, die den Erfolg von Listen und Listenverbindungen analysiert hat, ordnet ein. ([Link](#))

2. Gerichtsurteile

2.1 Bundesgericht



Urteil des Bundesgerichts vom 10. Juli 2023 ([1C 595/2022](#))

Beschluss über die Feststellung der Gültigkeit der Wahl von Sarah Schneider als Mitglied des Verwaltungsgerichts des Kantons Zug – Die Beschwerdeführenden machen diverse prozessuale und materielle Grundrechtsverletzungen geltend, namentlich eine Verletzung der Meinungsfreiheit i.S.v. Art. 16 BV geltend, da Ihnen bestimmte Plakatstellen verwehrt wurden – Das Bundesgericht weist die Beschwerde vollumfänglich ab.



Urteil des Bundesgerichts vom 14. August 2023 ([1C 384/2023](#))

Geringfügige Änderung der baurechtlichen Grundordnung; Teilgebiet Weiteres Stadtgebiet – Der Streitgegenstand beschränkt sich darauf, ob die Vorinstanz zu Recht nicht eingetreten ist – Da die Beschwerdeführenden ihrer Begründungspflicht gemäss Art. 42 Abs. 1 BGG nicht nachgekommen sind, tritt das Bundesgericht nicht auf die Beschwerde ein.



Urteil des Bundesgerichts vom 16. August 2023 ([1F 17/2023](#))

Revisionsgesuch gegen das Urteil [1C 183/2023](#) – Das Bundesgericht war aufgrund der verpassten Frist nicht auf die ursprüngliche Beschwerde eingetreten – Die Beschwerdeführenden machen nun u.a. geltend, sie hätten sich auf die Angabe der Vorinstanz bezüglich Fristenstillstand i.S.v. Art. 46 Abs. 1 BGG verlassen dürfen – Das Bundesgericht erachtet diese Argumentation als rechtsmissbräuchlich, da die Beschwerdeführenden selber von einer Stimmrechtssache ausgegangen seien, für welche der Fristenstillstand nicht zur Anwendung komme (Art. 46 Abs. 2 lit. c BGG) – Das Bundesgericht weist das Revisionsgesuch ab, soweit es darauf eintritt.



Urteil des Bundesgerichts vom 17. August 2023 ([1C 608/2022](#)) (franz.)

Gültigkeit der kantonalen Volksinitiative „Pour + de logements en coopératives“ (IN 180) – Die Volksinitiative möchte gesetzlich festlegen, dass 10% aller Wohnungen im Kanton Genossenschaftswohnungen sein sollen – Die Beschwerdeführenden rügen eine Verletzung des Bestimmtheitsgebots, des übergeordneten Rechts und behaupten zudem, die Initiative sei faktisch undurchführbar – Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab, soweit es darauf eintritt.



2.2 Kantonale Entscheide



Urteil des Verwaltungsgerichts Zürich vom 22. Juni 2023 ([VB.2023.00171](#))
Abstimmung vom 28. November 2021 über eine neue Primarschulgemeindeord-
nung in Wila – Die im Verfahren VB.2023.00261 gerügten Mängel hätte der Be-
schwerdeführer bereits innert fünf Tagen nach Kenntnisnahme von der Abstim-
mungsanordnung vom 21. Oktober 2021 und dem dazu veröffentlichten Beleuch-
tenden Bericht vorbringen können und vorbringen müssen. Sein erst fünf Tage
nach der Abstimmung eingereichter Stimmrechtsrekurs erweist sich als verspätet
– Das Verwaltungsgericht weist die Beschwerde ab, soweit es darauf eintritt.



Urteil des Verwaltungsgerichts Zürich vom 29. Juni 2023 ([VB.2023.00339](#))
Abstimmung "Erschliessung der Stadt Wetzikon mit Fernwärme aus KEZO und
ARA" vom 18. Juni 2023 – Der Beschwerdeführer hätte spätestens fünf Tage nach
Erhalt der Abstimmungsweisung Stimmrechtsrekurs erheben müssen – Weder die
Komplexität der Vorlage noch der Irrtum des Beschwerdeführers über die Be-
schwerdefrist rechtfertigen eine Fristwiederherstellung – Das Verwaltungsgericht
weist die Beschwerde ab.

2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)

keine

3. Neue Volksinitiativen



Überblick hängige Volksinitiativen¹

- Initiativen im Sammelstadium ([27](#)) (0)
- In Auszählung ([0](#)) (0)
- Beim Bundesrat hängig ([5](#)) (0)
- Beim Parlament hängig ([5](#)) (0)
- Abstimmungsreife Volksinitiativen ([2](#)) (0)



Verfügung der Bundeskanzlei vom 31. August 2023

Die Eidgenössische Volksinitiative „200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)“ ist mit
126 290 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Die Initiative möchte die jähr-
lich erhobene Empfangsgebühr für Radio und Fernsehen auf 200 Franken pro
Haushalt senken. Juristische Personen, Personengesellschaften und Einzelunter-
nehmen sollen in Zukunft keine Abgaben mehr entrichten müssen.²

¹ Stand 30.09.2023.

² Art. 93 Abs. 6 E-BV.



4. Publikationen



BIAGGINI GIOVANNI, Die Bundesstaatsgründung: ein (r)evolutionäres Wagnis, ZBI 124/2023, S. 457 f. ([Swisslex](#))



BICKENBACH CHRISTIAN, Klimaschutzklagen – Herausforderung für die deutsche Ju-
dikative, SRIEL 2023, S. 367 ff. ([Swisslex](#))



BURGER MARTIN, Reformbedarf des Richterwahlsystems in der Schweiz, „Justice –
Justiz – Giustizia“ 2023/3 ([Weblaw](#))



DUMERMUTH MARTIN, Löschung von Kommentaren auf Instagram durch die SRG,
Besprechung von [BGE 149 I 2](#), AJP 2023, S. 1042 ff. ([Swisslex](#))



GROSZ MIRINA, Klimaschutz vor Schweizer Gerichten, SRIEL 2023, S. 351 ff.
([Swisslex](#))



HALLER WALTER, Hangartner Yvo/Kley Andreas/Braun Binder Nadja/Glaser An-
dreas, Die demokratischen Rechte in Bund und Kantonen der Schweizerischen
Eidgenossenschaft (Rezension), ZBI 124/2023, S. 510 ff. ([Swisslex](#))



LANGER LORENZ, Der Klimawandel vor Gericht: Klimaklagen als institutionelles Di-
lemma?, SRIEL 2023, S. 343 ff. ([Swisslex](#))



LUTZ GEORG, Die Kandidierenden- und Listenflut 2023, DeFacto vom 7. Septem-
ber 2023 ([Link](#))



MÜLLER ANDREAS TH., Klimaklagen vor den Gerichten der EU: Der „People’s Cli-
mate“-Fall und Luxemburger „judicial self-restraint“, SRIEL 2023, S. 389 ff. ([Swiss-
lex](#))



DeFacto SEITZ WERNER, 175 Jahre Bundesverfassung, DeFacto vom 12. September 2023
([Link](#))



ZIHLER FLORIAN, Wirkung des Beschlusses der Finanzdelegation der Bundesversammlung im Dringlichkeitsverfahren, AJP 2023, S. 1067 ff. ([Swisslex](#))

5. Dokumentation und Kontakt



Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)
Newsletter: [An- und Abmeldung](#)
Wir freuen uns über Ihre [Hinweise und Anregungen](#).



Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)



Urteils- bzw. Entscheidungssammlung des Bundesgerichts:
[Schweizerisches Bundesgericht](#)

Kontakt:

Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte, sowie Staats- und Rechtsphilosophie
Rechtswissenschaftliche Fakultät
Universität Zürich
lst.kley@rwi.uzh.ch

Redaktion

Sandro Trapani, BLaw
Prof. Dr. Dr. h.c. Andreas Kley
Isabel Liniger, MLaw